

Haushaltsrede am 14.12.2105  
 GRÜNE – Fraktion im Rat der Stadt Brühl -  
 Michael vom Hagen

Liebe Ratskolleginnen und Kollegen, werter Herr Bürgermeister, Dezernentinnen und  
 Dezernenten, werte Gleichstellungsbeauftragte, Herr Kämmerer,

geneigte Vertreter der Medien,

vor allem anderen aber: Liebe Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt.

Wir haben uns hier heute getroffen, um einen Haushalt zu verabschieden, der wie gewohnt, bei  
 den ersten beiden Fortschreibung während der Beratungen bereits um Millionen von dem  
 abweicht, was uns nur vier Wochen vorher als Entwurf vorgelegt wurde.

Soweit also nichts Neues.

Im Rahmen der Koalition mit unserem Partner CDU haben wir schon vor einem Jahr  
 entscheidende Eckpunkte für den diesjährigen Haushalt in Absprache mit dem Bürgermeister und  
 letztlich auch auf Bitten des Bürgermeisters gesetzt. Die Erhöhung der Grundsteuer B als Mittel zur  
 Stützung des Brühler Haushaltes. Wir haben das vor einem Jahr zugesagt - wir haben das in  
 diesem Jahr gehalten.

Wir haben unseren Wähler zugesagt, dass wir dafür Sorge tragen, die Konzerntöchter nicht an die  
 Grenzen zu belasten. Und auch dazu stehen wir.

Wir versuchen mit aller Konsequenz, Wege zu finden, dieses Ziel umzusetzen. Dies wird jedoch  
 leider weder von Ihnen, Herr Bürgermeister, noch von Ihnen liebe SPD-Kolleginnen und Kollegen  
 in Konsequenz unterstützt. Im Gegenteil: Sie wollten zusätzlich das Gebäudemanagement und  
 auch den städtischen Betriebshof so wie die Grünpflege zurück in die Verwaltung holen. Mit allen  
 langfristigen finanziellen und organisatorischen Konsequenzen für die Stadt.

Sie, liebe SPD-Kollegen, wollen die Gewerbe- und Industriebetriebe, die in aller Regel schon  
 deutlich durch die Grundsteuererhöhung belastet sind, auch noch durch eine Erhöhung der  
 Gewerbesteuer belasten. Jetzt kann man sich sicherlich vortrefflich darüber auseinandersetzen,  
 welchen Einfluss diese Steuer für die Standortwahl hat.

Aber es geht nicht um die Standortwahl. Es geht um das Halten am Standort. Der innerstädtische  
 Einzelhandel beispielsweise ist in der Regel nur über den Anteil der Flächen an der  
 Gesamtimmobilie von der Grundsteuer betroffen. Von einer Gewerbesteuererhöhung ist er jedoch  
 ganz alleine betroffen. Wenn die Frage ansteht, ob ich einen Laden weiter am Leben erhalten, sind  
 solche steuerlichen Aspekte ein entscheidender Faktor.

Im Rahmen der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes wurden die Flächen aufgezeigt, die  
 Brühl voraussichtlich noch bleiben, um Gewerbe anzusiedeln.

Meine Damen und Herren: Da bleibt nichts mehr! In den aufgezeigten 11 Hektar liegt der  
 Autobahnanschluss der 553 nach Meschenich. Mitten drin!

Den bestehenden Gewerbebetrieben können wir wenig bis kaum Wachstumsperspektiven  
 aufzeigen. Und in dieser Gesamtsituation wollen sie die Gewerbesteuer erhöhen? Grafschaft,  
 Weilerswist und Bornheim freuen sich über neue Betriebe. Die werden sich bei Ihnen bedanken.

Und sicher: Wichtig sind auch die sogenannten weichen Standortfaktoren. Brühl ist nachweislich  
 eine hoch attraktive Wohnstadt. Wir haben ein breites und hochqualitatives Angebot an Schulen,  
 Kultur- und Freizeiteinrichtungen und sind optimal per ÖPNV an Köln, Bonn und die Eifel  
 angebunden. Wir versuchen daran zu arbeiten, dass dies auch so bleibt und das wir bei der  
 stadtinternen Mobilität auch attraktiver werden. Das werden sie nicht ändern, indem sie die  
 Grundsteuer niedrig halten. Das ist nur ein probates Mittel, wenn sie entweder Wohnbauflächen  
 loswerden müssen oder die Bevölkerungszahl steigern wollen.



Wir haben aber schon bei den Wohnbauflächen nur noch sehr begrenztes Potenzial. Und wir haben auch nicht das Potenzial, die Bevölkerung massiv zu steigern. Ich persönlich kenne aus dem privaten und beruflichen Umfeld in Brühl heute schon eine Menge Leute, die gerne nach Brühl ziehen würden, aber keine bezahlbaren Objekte finden. Weder im Neubau noch im Bestand. Allgemeiner Konsens: „Die guten Immobilien in Brühl werden nicht über Anzeige oder Makler verkauft sondern über Mundpropaganda.“

Bedarf haben wir in Brühl zweifelsfrei nach bezahlbarem Wohnraum im Geschosswohnungsbau.

Und genau darauf setzt doch unsere Koalition. Sei es bei den Strategien in der Gebausie sei es bei den Diskussionen darüber, zu welchen Konditionen Grundstücke veräußert werden oder unter welchen Bedingungen städtebauliche Verträge mit Investoren geschlossen werden sollen. Hier wohnen die Handwerker Gesellen, hier wohnen die Krankenschwestern, hier wohnen die Verkäuferinnen und Verkäufer im Einzelhandel und hier wohnen die Sachbearbeiter.

Und letztlich: Aus Flüchtlingen werden Asylbewerber und aus vielen werden in der Perspektive Bürgerinnen und Bürger Brühls. Dann brauchen wir keine Containerdörfer bzw. umgebaute Gartencenter mehr - dann brauchen wir bezahlbaren Wohnraum - mehr als heute.

Und wir wollen **nicht** dann in den selben überraschten Aktionismus verfallen. Wir wollen darauf vorbereitet sein. Das braucht gerade bei den Konzerntöchtern die notwendigen Handlungsfreiräume. Bei der Gebausie um den Bestand erhalten, sanieren und verbessern zu können - und das nicht nur in Vochem- sowie um neuen Wohnraum schaffen zu können, **bei den Stadtwerken** um durch innovative Investitionen, durch Kooperationen und durch Unterstützung der Tochter Gebausie zukunftsfähig zu bleiben und den Brühlerinnen und Brühlern attraktive Angebote bei allen Produkten machen zu können.

Ich kann Ihnen in meiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Gebausie versichern, dass wir mit Hochdruck an Strategien arbeiten, um die Herausforderungen zu meistern. Das ist ausgesprochen ambitioniert, wenn wir dabei nicht die Liquidität und die Eigenkapitalquote gefährden wollen. Und das wird - insbesondere was Baumaßnahmen anbelangt - nicht in drei oder sechs Monaten umsetzbar sein. Aber gemeinsam und im Konsens werden wir diese Aufgaben bewältigen.

Und genau so müssen wir mit den Anforderungen des städtischen Haushaltes umgehen.

Die charmanten Versuche dieses Rates, den Haushalt in den von uns beeinflussbaren Parametern zu konsolidieren, konnten de facto nur Kosmetik bewirken. Uns muss klar sein, dass wir wirtschaftlich von den Entscheidungen in Bund, Land und Kreis abhängig sind. Sozialkosten, Kosten der Flüchtlingsunterbringung, Jugendhilfe, Kreisumlagen - das sind die Kostentreiber, die uns den Hals immer enger zuschnüren.

Es muss endlich Schluss sein mit parteipolitischen Taktieren. Wir müssen hier alle gemeinsam an einem Strang ziehen, um handlungsfähig bleiben zu können - und das nach Möglichkeit alle in die selbe Richtung!

Lieber Herr Bürgermeister, es wird zur nachhaltigen Konsolidierung definitiv nicht mehr ausreichend sein, dass sie eine Liste mit Vorschlägen der Gemeindeprüfungsanstalt vorlegen und die der Politik „zum Fraß“ vorwerfen.

Wir als Rat und auch die Bürgerinnen und Bürger dürfen von Ihrem Bürgermeister sicher ein deutliches Mehr an Kreativität und Mut verlangen. Gerade dort, wo Politik nur sehr begrenzt Einblick in Strukturen und Prozesse hat und wo ein abgestimmtes Vorgehen mit den Fachbereichen und Mitarbeitern notwendig ist müssen die Impulse von ihnen kommen!

Einen großen Kostenblock in diesem Haushalt stellen natürlich die Personalkosten dar. Ja - auch wir haben eine zusätzliche Stelle beantragt. Diese Stelle soll in der Zukunft Ausgaben für externe Gutachter und Experten reduzieren helfen. Unsere Hoffnung ist, dass sich darüber diese Stelle selber tragen wird.

Die Organisationshoheit innerhalb der Verwaltung liegt jedoch eindeutig bei Ihnen, Herr Bürgermeister.

Und Sie haben auch in diesem Haushalt wieder bei den neuen Stellen aus dem Vollen geschöpft. 14 neue Stellen haben Sie beantragt. Das ist in Anbetracht der generellen Haushaltslage schon ausgesprochen ambitioniert. Die Frage muss gestattet sein, ob das in diesem Umfang wirklich unvermeidbar ist. Wo zeichnen sich organisatorische und strukturelle Änderungen in der Verwaltung ab? Sie begründen einen Großteil der jetzt angeforderten Stellen mit den Notwendigkeiten aus der aktuellen Flüchtlings-situation.

Was passiert mit den Mitarbeitern, wenn die Flüchtlingswelle in ein paar Jahren nachlässt? Das Pfund, das sie als jahrzehntelanger, leitender Mitarbeiter dieser Verwaltung in der Hand haben, ist, dass Sie auf das Allerbeste die Strukturen kennen. Mit allen Stärken und Schwächen. Aber offenbar fällt Ihnen aktuell nichts Besseres ein, als neue Mitarbeiter einzustellen, um Schwächen abzufedern. Wir denken, das ist nicht die probate Strategie, um langfristig den Haushalt zu sanieren.

Die meisten der konkreten Investitionen, die uns bevorstehen, sind -objektiv betrachtet- unvermeidbar.

Eine neue Feuerwache - unvermeidbar  
 Neue Kindergärten - unvermeidbar  
 Rathaus B - unvermeidbar

Wir müssen uns hier darüber einigen, welche Standards wir bei diesen Investitionen ansetzen. Auch wenn die Zinsen aktuell niedrig sind - die Baukosten sind höher denn je. Wir liegen gem. Baupreisindex NRW heute um 8,7% über den Werten von 2010. Im Vergleich dazu sind die Verbraucherpreise lediglich um 7,5% gestiegen (Quelle: [it.nrw.de](http://it.nrw.de), Statistik/Preise). Das können wir nur über Standards und zukunftsorientierte Konzepte kompensieren. Wenn wir in zehn oder fünfzehn Jahren nicht mehr den Flächenbedarf haben (mal egal ob bei Kindergärten oder bei einem Rathausneubau), dann müssen diese Objekte die Flexibilität aufweisen, für andere Nutzungen ohne großen Aufwand verwendbar zu sein. Wir brauchen in der Zukunft vielleicht mehr Begegnungsstätten für mobile, alleinlebende Senioren. Wir wollen vielleicht in der Zukunft in verfügbaren Räumen Exponate unseres Stadtarchivs einer breiten Bevölkerung zugänglich machen. Und vielleicht können wir in zukünftig freien Räumen eines Rathauses Nutzer integrieren, die wir heute noch in Solitärgebäuden unterbringen.

Gleichzeitig müssen wir aber auch Sorge tragen, dass wir unseren infrastrukturellen Bestand nicht verna-lässigen und damit eine Kostenlawine vor uns auftürmen, die wir den Nachfolgenerationen aufzwingen. Hier ist bedächtiges Abwägen ohne klientelpolitisches Geschacher notwendig!

Am Rande erwähnt: Die Vochemer Bürgerinnen und Bürger müssen im Grunde der FDP ihren Dank zollen, wenn es um die Investition in den Sportplatz geht. Hätte die FDP nicht die Streichung der Mittel beantragt, dann wäre niemandem hier in diesem Rat aufgefallen, dass dafür im Haushalt überhaupt kein Geld eingestellt war! Das wurde durch den Kämmerer und durch Sie, Herr Bürgermeister, schlichtweg vergessen -obwohl durch Sie versprochen. Und zur Klarstellung: Wir haben uns für den Sperrvermerk auf die in der letzten Fortschreibung nun doch eingestellten Mittel ausgesprochen, weil wir vor einer Investition gerne Klarheit hätten, was für den Platz in dieser für einen Kunstrasenplatz ausgesprochen schwierigen Lage insgesamt an Kosten auf uns zukommt und ob wir uns das im Laufe der unterjährigen Fortschreibung in 2016 dann in der Tat leisten können.

Das gilt im Übrigen auch für unsere freiwilligen Angebote: Auch hier müssen wir über Standards diskutieren. Und hier müssen wir im Auge behalten, dass Kostendeckungsgrade erreicht werden, die den Haushalt nicht vollends ins Verderben treiben.

„Besser als bei den Konzerntöchtern können sie ihr Geld bei keiner Bank anlegen“. Das erklärte mir vor ein paar Tagen der Wirtschaftsprüfer der Gebausie. Die Eigenkapitalrendite von bei den

Stadtwerken / Gebausie ist beeindruckend, eine vergleichbare Verzinsung bei einer Bank undenkbar.

Wenn wir hier Gelder abziehen, dann sind das zum einen lediglich Einmaleffekte für den städtischen Haushalt, zum anderen müssen die Konzerngesellschaften zur Erbringung Ihrer Aufgaben und Investitionen dann am Markt wieder Zinsen zahlen, die Eigenkapitalquote sinkt und die davon beeinflussten Negativeffekte steigen. Wir sprechen hier de facto von sechsstelligen Mehrbelastungen für die Stadtwerke / Gebausie. Dauerhaft, jährlich. Darin eingerechnet sind nicht die Effekte durch die jetzt zu beschließende Grundsteuererhöhung. Unser Ziel muss es in jedem Fall sein, aus den städtischen Gesellschaften so wenig wie möglich Mittel abzuziehen. Und das können wir im laufenden Haushaltsjahr und auch in 2016 schaffen, indem wir die Disziplin bei den Ausgaben halten und kontinuierlich verbessern.

Ich möchte zum Schluss meiner Ausführungen kommen:

Ich kann hier nur noch mal an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD Fraktion sowie an alle anderen Fraktionen und Einzelkämpfer in der Opposition appellieren, dass wir gemeinsam daran arbeiten, Wege aus der Krise zu finden -oder besser gesagt: einen gemeinsamen Weg durch die Krise zu finden. Dabei wollen wir den Bürgermeister unterstützen.

Was wir nicht bereit sind zu tun, ist wie die Lemminge den Vorstellungen des Bürgermeisters zu folgen. Was wir nicht bereit sind zu tun, ist die Stadtwerke und die Gebausie an die Grenzen der Belastbarkeit zu führen.

Wir können gerne über harte und unpopuläre Maßnahmen sprechen. Aber bitte: Lassen Sie uns das vorab in internen Gremien tun. Die Zusammenarbeit in allen nicht-öffentlichen Gremien im vergangenen Jahr hat uns deutlich gezeigt, dass wir fast überall auf einer Linie sind. Leider wird in öffentlichen Sitzungen jedoch immer wieder die parteipolitische und ideologische Keule ausgepackt und gute Ansätze aus nicht zielführenden Zielsetzungen heraus torpediert. Das ist unproduktiv und führt zu nichts.

Liebe SPD-Fraktion: Sie wollen, wie ich eben erfahre, also nicht dem Haushalt zustimmen? Mal wieder nicht!

Nur zur Klarheit: Der (SPD) Bürgermeister bringt einen Haushalt ein, stimmt mit der Mehrheit gegen den entscheidenden Antrag „seiner Fraktion“ und die lehnt seinen Haushalt ab. Im letzten Jahr wegen unserer Nicht-Zustimmung zu einer Grundsteuer B-Erhöhung auf 600 Punkte, in diesem Jahr weil wir dieser zustimmen aber eine Gewerbesteuererhöhung nicht wollen.

Ich bin mir nicht sicher, wie ich das bewerten soll. Spontan fällt mir nur eine Möglichkeit ein: Sie lehnen aus politischem Kalkül ab, um sich am Ende aus jeder Verantwortung für die städtischen Finanzen stehlen zu können. Frei nach der Aussage: „Ja, wir haben dem Haushalt ja nicht zugestimmt! Das hat alleine die schwarz / grüne Koalition zu verantworten! Die haben unseren Bürgermeister ja durch den Haushalt gezwungen, so zu handeln, wie er es getan hat!“

Liebe SPD'ler: Das ist ein antiquierter Politikstil: Das ist ihre Feigheit vor der Tatsache, dass man, um heute noch etwas zu bewegen, nicht mehr Fundamentalopposition betreiben kann. Sicher: Sie könnten sich dann nicht mehr mit dicker Hose im Wahlkampf hinstellen und sagen: „Wir hätten ja alles besser gemacht, hätte man nur auf uns gehört!“ Wer so Politik betreibt hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt! Das können sie vielleicht auf Bundes- oder Landesebene machen –auch wenn sie es da im Moment **noch nicht** müssen. In der Kommunalpolitik führt das zu nichts! Die Zeiten, in der wir ideologieblinde Genossen in den Stadträten brauchen, sind vorbei! Arbeiten Sie konstruktiv und ergebnisorientiert mit! Die Bürgerinnen und Bürger erwarten das von Ihnen und von uns allen. Und die haben ein Recht darauf, dass wir hier Ergebnisse bringen.

Herr Bürgermeister: Eigentlich wollten wir heute im Konsens dem Haushalt im Sinne weiterer, zukunfts-orientierter, gemeinsamer Konsolidierungsanstrengungen zustimmen. Auch, weil wir anhand der konstruktiven Stimmung in allen Ausschüssen incl. des Hauptausschusses nicht davon ausgegangen sind, dass es Punkte gibt, die die SPD zur Ablehnung des Haushaltes bewegen würden.

Ich bitte Sie jetzt jedoch um eine 10-minütige Sitzungsunterbrechung, bevor wir zur Abstimmung über den Haushalt kommen. Ich werde mit meiner Fraktion beraten, ob wir zum diesjährigen

Haushalt kein Votum abgeben werden und uns enthalten. Weiterhin bitte ich im Rahmen der Geschäftsordnung, die Abstimmung zum diesjährigen Haushalt mit den Gegenstimmen zu beginnen.

Michael vom Hagen

- es gilt das gesprochene Wort -